



**Anwesende:**

**Ausschussvorsitzender:**

Schneider, Gottfried CDU

**Ausschussmitglieder:**

Kunkel, Joachim CDU  
Metzger, Gisela CDU  
Roeder, Oliver CDU  
Dr. Vonderheid, Ulrich CDU  
Baaß, Matthias SPD in Vertretung für Karin Hartmann  
Fiedler, Josef SPD  
Herbert, Gerhard SPD  
Kaltwasser, Jürgen SPD  
Ruoff, Jochen GRÜNE  
Dr. Greif, Martin FWG in Vertretung für Ingrid Berbner  
Hunnius, Roland von FDP

**Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):**

Jojade, Jürgen WASG  
Bitsch, Peter REP in Vertretung für Haymo Hoch

**stellvertretende Kreistagsvorsitzende:**

Schmitt, Norbert SPD

**Kreisausschuss:**

Lehberg, Jürgen CDU Erster Kreisbeigeordneter  
Ohl, Gottlieb FDP Kreisbeigeordneter (bis TOP 6)

**Gäste**

**vom Polizeipräsidium Südhessen:**

Dölger, Gosbert, Polizeipräsident  
Schneider, Harald, Leiter des Einsatzstabes  
Treusch, Karl-Heinz, Leiter des Präsidialbüros  
Engelait, Michael, Leiter der Polizeidirektion Bergstraße  
(alle zeitweise zu TOP 1)

**Verwaltung:**

Fasser, Helmut, Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses  
Vinzenz, Werner, Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft (zeitweise zu TOP 3)

**Schriftführerin:**

Schüßler, Helene, Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Der Ausschussvorsitzende eröffnete um 08:05 Uhr die 16-012. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen, insbesondere die Gäste vom Polizeipräsidium Südhessen, und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.



läufige Tendenz, so dass als Fazit eine negative Entwicklung im von der Reform betroffenen Bereich festzustellen sei.

Der Bewertung von Abgeordnetem Schmitt widersprach Herr Dölger und wies auf die qualitative Veränderung der Kriminalität in Viernheim hin (weniger Auf- und Einbrüche, mehr Sachbeschädigungen und Fahrraddiebstähle).

Herr Schneider erläuterte sodann die in 2005 vorgenommenen polizeiorganisatorischen Änderungen im Bereich Ried. Bis 2005 habe es im Bereich Ried zwei rund um die Uhr besetzte Polizeistationen in Lampertheim und Viernheim mit jeweils ein bis zwei Streifenwagen gegeben. Seit der Zusammenlegung der beiden Stationen in 2005 werde die Station Viernheim nun nachts nicht mehr ständig besetzt, dagegen seien aber nun im gesamten Bereich Ried ständig 4 Streifenwagen unterwegs. Die Polizeipräsenz in Viernheim werde zudem verstärkt durch den Besonderen Bereichsdienst mit zwei "Schutzmännern vor Ort" als Ansprechpartner für die Bürger.

Für entscheidender als die Organisationsstruktur hielt Abgeordneter Dr. Vonderheid die Präsenz der Polizei auf der Straße, die noch erhöht werden sollte. Wünschenswert sei außerdem eine Regelung einer Maximaldauer von der Alarmierung bis zum Eintreffen am Einsatzort analog den Hilfeleistungsfristen im Rettungsdienst.

In Anbetracht der personellen und finanziellen Rahmenbedingungen sah Abgeordneter Dr. Greif die Notwendigkeit der Umstrukturierungen im Bereich der Polizei. Insbesondere im Hinblick auf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung sollte eine einvernehmliche Lösung von allen Beteiligten bezüglich der polizeilichen Situation in Viernheim gefunden werden.

Abgeordneter Baaß als Bürgermeister der Stadt Viernheim berichtete von einer einstimmigen Position des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung gegen die Schließung der Polizeistation. In Viernheim sei man verärgert über das bisherige Verhalten von Kreistag und Landrat und bitte den Kreistag, klare Stellung zu beziehen.

Er und Abgeordneter Ruoff kritisierten das "Verschweigen" der heute vorgelegten und die Organisationsreform nicht unterstützenden Statistiken bei der Bürgerversammlung in Viernheim.

Zur Position des Landrats erklärte Erster Kreisbeigeordneter Lehmburg, dass dessen Intention auf mehr Polizeipräsenz auf der Straße ziele, wobei die organisatorische Umsetzung den Fachleuten überlassen werden solle.

Über das weitere Vorgehen bezüglich der Anträge gab es zunächst Kontroversen; es wurde aber einvernehmlich der Wunsch nach einer gemeinsamen Position aller Fraktionen zu Polizeiorganisation im Kreis geäußert. Vorsitzender Schneider wies dabei ergänzend auf die Situation des Weschnitztals hin. Die Kommunen dort mit insgesamt rd. 46.000 Einwohnern hätten auch gerne eine Polizeistation vor Ort.

Abgeordneter Schmitt stellte sodann einen gegenüber dem Änderungsantrag der Koalition modifizierten Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut:





Vorlage 16-0425 beiliegenden Entwurfs des Gesellschaftervertrags, vorbehaltlich der Zustimmung der Gremien der Stadt Lorsch, des Hotel- und Gaststättenverbandes Bergstraße e.V. und der Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH.

Die notwendige notarielle Beurkundung zeitnah durchzuführen und eventuelle weitere Modifikationen, soweit diese nicht wesentlich sind, in den Entwurf aufzunehmen.

Der Kreis Bergstraße stellt für die Jahre 2004, 2005, 2006 und 2007 (bis zur Umwandlung) den Verlustausgleich der ruhenden Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Bergstraße GmbH von circa 50.000,00 EUR im Nachtragshaushalt 2007 bereit, der genaue Betrag ergibt sich nach der Feststellung der Jahresabschlüsse 2005 und 2006. Durch die Übernahme der Gesellschafteranteile durch die beitretenden Gesellschafter erhält der Kreis Bergstraße Einnahmen. Im Saldo verbleiben hierdurch circa 25.000,00 EUR, die zu Lasten des Kreishaushaltes gehen."

### **Abstimmungsergebnis:**

8 Jastimmen, 3 Neinstimmen, 1 Stimmenthaltung.

### **Punkt 5: Prolongation der Kredite Nr. 6050 9390 und 6050 9431 der Sparkasse Starkenburg Vorlage: 16-0479**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der Vorlage 16-0479 Kenntnis genommen.

### **Punkt 6: Impfungen der Feuerwehrleute im Kreis Bergstraße gegen Hepatitis A und B - Bewilligung einer Außerplanmäßigen Ausgabe Vorlage: 16-0500/1**

Kreisbeigeordneter Ohl gab nähere Erläuterungen zur Zweckmäßigkeit der Impfungen noch im Frühjahr 2007 und zum Prozedere der Impfkation.

### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag stimmt der Impfung von 650 Einsatzkräften der Feuerwehren im Kreis Bergstraße gegen Hepatitis zu. Er bewilligt hierfür die Leistung einer vorübergehenden außerplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 130.571, Hepatitisimpfung der Einsatzkräfte, in Höhe von 80.000,00 €, gemäß § 100 HGO i. V. mit § 52 HKO, mit der Maßgabe, dass die Mittel im Nachtragshaushaltsplan 2007 bereitgestellt werden. Die Deckung erfolgt durch Kostenzusage der kreisangehörigen Städte und Gemeinden für die jeweils zur Impfung anstehenden Feuerwehrleute. Diese Kostenerstattung ist im Nachtrag zum Haushaltsplan 2007 bei der Haushaltsstelle 130.150, Kostenersatz für Hepatitisimpfung zu veranschlagen.“

